

# Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährlich Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rhtl.) Tel. Nr. (071) 73160. Verwaltung: Vaduz Tel. (075) 22143 Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94. Postcheck Nr. IX/2988

Organ für amtliche Rundmachungen

Anzeigenpreise: die 1 Spalt, mm-Zeile Anzeigen Reklame  
Inland 8 Rp. 21 Rp.  
Angrenz. Rheintal (Sargans bis Sennwald) 10 Rp. 23 Rp.  
Uebrig Schweiz 11 Rp. 25 Rp.  
Ausland 13 Rp. 29 Rp.



Anzeigenannahme für das Inland:  
Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 2 21 43  
Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:  
Schweizer Annoncen A.-G.  
St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

## Die Bürgerpartei bewahrt das Land vor Notrecht und Staatskrise!

Das sture Nein der Union, auch an den Landesfürsten - die Mitarbeit im Landtag fortzusetzen, beantwortet die Bürgerpartei mit dem Antrag auf Neuwahl und Auflösung des Landtages.

Die Parteileitung der Fortschrittlichen Bürgerpartei rief auf vergangenen Samstagabend nach Schaan eine Delegiertenversammlung ein, die außerordentlichen Charakter hatte und sehr stark besucht war. Schon in seiner Begrüßungsansprache wies Parteipräsident Dr. Richard Meier mit folgenden Worten auf die Bedeutung der Tagung hin; er führte u. a. aus:

«Die Fortschrittliche Bürgerpartei war außerdem darauf bedacht, den Politikern der Union zu beweisen, daß sie zur Zusammenarbeit mit der Minderheitspartei bereit ist. Sie tat dies trotz den immer wieder gemachten Feststellungen der Gegenseite, daß sie zu einer Zusammenarbeit nicht mehr bereit sei, wenn das Euch allen bekannte Maximalprogramm erfüllt sei. Daß dem wirklich so ist, das wird Euch Landtagspräsident Dr. Josef Hoop heute abend noch eingehender in chronologischer Reihenfolge schildern.

Wir stehen heute nun vor der Tatsache, daß die Union ohne Rücksicht auf Verfassung und Gesetz Neuwahlen erzwingen will. Was für Mittel sie dabei verwendet und welche Wege sie beschritten hat, darüber werden Euch die Informationen des heutigen Abends restlos Aufschluß geben.

In dieser Stunde hat sich der Parteivorstand verpflichtet gesehen, die Delegierten des ganzen Landes zu einer außerordentlichen Tagung zusammenzurufen, um über den künftigen Weg, den unsere Partei zu gehen hat, zu beraten und zu beschließen. Es geht um sehr wichtige Dinge und ich appelliere an die Verantwortung jedes einzelnen Delegierten, sich des Ernstes der Situation bewußt zu sein. Die Unbotmäßigkeit unserer politischen Gegner verlangt von uns die Festlegung eines klaren und bewußten Kurses. Nur so wird es uns gelingen, mit jenen fertig zu werden, die ohne Rücksicht auf die Interessen des Staates und des Volkes ihre egoistischen Ziele verfolgen. Die Gegner müssen wissen, daß die Bürgerpartei die Entscheidung mit Neuwahlen nicht zu fürchten hat. Sie müssen aber auch wissen, daß die Fortschrittliche Bürgerpartei nach wie vor auf dem gesetzmäßigen Weg vorwärts gehen will und daß sie niemals zu Konzessionen bereit ist, die altbewährte Grundsätze antasten. Darin sind wir uns wohl alle einig.»

Dann ergriff Landtagspräsident Dr. Josef Hoop das Wort zu eingehenden Ausführungen über die derzeitige politische Situation, die durch das Verhalten der «Vaterländischen Union» heraufbeschwoeren wurde. Nach gründlicher Orientierung der Versammlung über die stattgefundenen Konferenzen u. Korrespondenzen verlas Landtagspräsident Dr. Hoop abschließend den Wortlaut des Briefes der Vaterländischen Union vom 13. Februar 1958 an die Fürstl. Kabinettskanzlei, dem wir für heute nur nachstehenden Satz entnehmen möchten, weil er klar zum Ausdruck bringt, wie halsstarrig die Union auch dem Landesfürsten gegenüber blieb:

**Die Vaterländische Union beharrt nach wie vor auf dem von ihr eingenommenen Stand-**

**punkte. Sie hat im Grunde genommen ihren Erklärungen vom 16. Januar 1958 im Landtage (für die Fraktion abgegeben durch Herrn Dr. Alois Vogt) und dem Schreiben an Seine Durchlaucht vom 21. Januar 1958 nichts beizufügen.**

Landtagspräsident Dr. Hoop erklärte abschließend, daß auf Grund des Schreibens

der Union an die Fürstl. Kabinettskanzlei vom 13. Februar wohl kein Zweifel mehr über die weitere Haltung der Union bestehe. Nachdem die Union ihre Absicht, den Landtag lahmzulegen schriftlich untermauert habe, würde das Notrecht die automatische Folge sein, wenn sich die Bürgerpartei als Regierungspartei nicht bewußt wäre, was ihre Pflicht gegenüber Volk und Staat ist. Sie sei sich dieser Pflichten immer bewußt gewesen — auch heute! — (Starker Applaus.)

Nach reich gewalteter Diskussion faßte die Delegiertenversammlung folgende

### Resolution

*Die Delegiertenversammlung der Fortschrittlichen Bürgerpartei nimmt Kenntnis vom Schreiben der Parteileitung vom 8. Februar 1958 an den Regierenden Fürsten, in dem sie Seine Durchlaucht bittet, die Vaterländische Union auf den Weg der Volksinitiative zur Auflösung des Landtages zu verweisen, da nach Ansicht der Fortschrittlichen Bürgerpartei dies staatsrechtlich der richtige demokratische Weg zur Auflösung des Landtages während seiner Mandatsdauer ist.*

*Sie nimmt weiter mit tiefstem Befremden Kenntnis von dem an die Fürstl. Kabinettskanzlei gerichteten Antwortschreiben der Vaterländischen Union vom 13. Februar, mit dem diese sich weigert, das Volk im Wege einer Volksabstimmung entscheiden zu lassen, ob es eine Auflösung des vor einem halben Jahr von ihm gewählten Landtages und Neuwahlen wünsche oder nicht und statt dessen eine Auflösung des Landtages durch Streik erzwingt. Sie bedauert diese größte Mißachtung eines dem Volke zustehenden Rechtes durch die Vaterländische Union.*

*Die Delegiertenversammlung der Fortschrittlichen Bürgerpartei stellt nochmals fest, daß absolut kein Grund zur Auflösung des Landtages vorliegt, daß das Verhalten der Union mutwillig und eine leere Vergeudung von Geld und Zeit ist, denn*

- 1. Neuwahlen werden nach allgemeiner Ansicht am politischen Kräfteverhältnis wenig ändern. Die Fortschrittliche Bürgerpartei wird Mehrheitspartei und Siegerin auch in Neuwahlen und die Vaterländische Union Minderheitspartei bleiben.*
- 2. Nach den Neuwahlen wird wiederum, wie heute, eine Mehrheit von Bürgerpartei-Abgeordneten mit einer Minderheit von Unions-Abgeordneten zusammensitzen und arbeiten müssen, was ebensogut im bestehenden Landtage der Fall sein könnte, und wozu die Bürgerpartei stets bereit war.*
- 3. Neuwahlen bieten an und für sich keinerlei Gewähr dagegen, daß die Unions-Abgeordneten auch im neuen Landtage die Mitarbeit verweigern und eine gedeihliche Arbeit im Interesse des Landes und der Bürger verunmöglichen.*

*Verhandlungen mit der Vaterländischen Union haben diese nicht bewegen können, ihre, das Staatsinteresse, die Staatskasse und das Ansehen des Landes schädigende Haltung zu ändern. Die Delegiertenversammlung der Fortschrittlichen Bürgerpartei stellt dies hiermit ausdrücklich fest und überbindet die Folgen ihrer Haltung zur Gänze der Vaterländischen Union.*

*Bei dieser Sachlage beschließt die Delegiertenversammlung der Fortschrittlichen Bürgerpartei, dem Volke selbst Gelegenheit zu geben und es aufzurufen, zu entscheiden, ob es noch weiterhin Volksvertreter im Landtage wolle, die, anstatt zu arbeiten, den Landtag lahmlegen und jede Arbeit zum Wohle unseres Volkes verhindern. Sie ersucht deshalb die Regierung, bei Seiner Durchlaucht dem Landesfürsten die Auflösung des jetzigen Landtages, dessen Arbeit die Unionsfraktion verunmöglicht, zu beantragen und hernach Neuwahlen durchzuführen.*

*Sie richtet in diesem Zusammenhange an sämtliche Mitglieder der Fortschrittlichen Bürgerpartei den Appell, geschlossen und vollzählig an diesen Wahlen teilzunehmen, der Partei die Treue zu halten und zu einem überwältigenden Siege zu verhelfen. Sie appelliert aber auch an alle andern unvoreingenommen und sachlich denkenden Stimmbürger, der Mehrheitspartei zu einer Stärke zu verhelfen, daß Streik und Obstruktion der Minderheitsabgeordneten nicht mehr zu einer Boykottierung jedweder Arbeit in unserer gesetzgebenden Behörde führen können.*

Das Schlußwort von Regierungschef Frick

Man muß es im Interesse des Landes und des Volkes als sehr betrüblich bezeichnen, daß ein vor einem halben Jahr gewähltes Parlament durch die jedem Bürger vordemonstrierte Obstruktion der Minderheitspartei wieder aufgelöst werden soll. Dabei hätten gerade die vom Volke gewählten Vertreter allen Grund, die Zeit ihrer Arbeitsperiode voll auszunützen und nicht auf eine solche Art und Weise zu verschwenden. Der Probleme und Aufgaben wären wirklich genug, die einer dringenden Lösung rufen. Aber noch in anderer Hinsicht muß dieses Verhalten verurteilt werden. Ein kleines Staatsgebilde wie es das Fürstentum Liechtenstein darstellt, kann sich solche innenpolitische Auseinandersetzungen gar nicht leisten, wenn es nicht im Ansehen geschädigt werden will, das es im Ausland erfreulicherweise genießt. Allein das Schauspiel mit der «Wahlbeschwerde» vom vergangenen Herbst, von der nach eingehender Prüfung nichts mehr übrig blieb, hat dem Lande schon genug geschadet. Darum redet man von dieser auch auf Seiten der Union nicht mehr. Umso verständlicher ist es, daß sich gewisse Unionpolitiker heute noch nicht zu einer Zusammenarbeit bereit finden können und sich ohne Rücksicht auf Volk und Staat dafür einsetzen, daß ein Landtag, der die Regierung neu bestellte, wichtige Gesetze schuf, ja sogar eine Verfassungsänderung durchführte, heute nicht mehr lebensfähig sein kann. Eine andere Einstellung zu unserer Volksvertretung und ihren Aufgaben hätte man wirklich erwarten dürfen. Wer noch eine leise Hoffnung hatte, daß schlußendlich die Vernunft doch noch Platz greifen werde, ist erneut enttäuscht worden. Zu den Enttäuschten zählen alle jene Bürger, die für parteipolitischen Hader auf Kosten von ihnen und des Landes in keiner Weise etwas übrig haben. Sie hatten gehofft, daß nach den fälligen Wahlen im letzten Herbst die Arbeit im Landtage fortgesetzt wird. Die Fraktion der fortschrittlichen Bürgerpartei im Landtag hat den Beweis in den letzten Monaten erbracht, daß es ihr mit der Arbeit ernst war. Sie hat z. B. trotz Widerständen und dem unglaublichen Einwand «Die Gesetzesvorlage für die Förderung des Baues von Eigenheimen stehe nicht auf dem Maximalprogramm der Union!» sich mit aller Energie dafür eingesetzt, daß diese Regierungsvorlage zur Beratung kam. Die Bürgerpartei hat damit bewiesen, daß sie im Landtag arbeiten wollte. Mehr konnte sie wirklich nicht tun, als den praktischen Beweis liefern, daß sie auch für eine loyale Zusammenarbeit die Hand bot. Trotz alledem stehen wir heute vor der Tatsache, daß die Union einfach Neuwahlen will, ganz unbeschadet, ob diese im Sinne der Verfassung einem Bedürfnis entsprechen oder nicht. Nachdem die Union keine Zweifel mehr offen ließ, daß sie eine Mitarbeit verweigert, war der heutige Beschluß, den die Delegiertenversammlung durch die angenommene Resolution faßte, die einzig richtige Antwort.

Die Bürgerpartei hat keinen Grund, Neuwahlen zu fürchten. Sie wird geeint und